

506/AB
vom 17.05.2018 zu 521/J (XXVI.GP)REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

HERBERT KICKL
HERRENGASSE 7
1010 WIEN
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0146-II/10/c/2018

Wien, am 27. April 2018

Der Abgeordnete zum Nationalrat Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen haben am 21. März 2018 unter der Zahl 521/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Polizeiwache am Bahnhof Dornbirn“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

Die schriftliche Zusage des Bundesministeriums für Finanzen langte am 18. Juli 2017 im Bundesministerium für Inneres ein.

Zu Frage 2:

Die budgetäre Bedeckung ist mit dem Zeitpunkt der geplanten Übergabe des Gebäudes im Herbst 2020, somit im Bundesfinanzierungsvoranschlagsentwurf 2020, zu berücksichtigen.

Zu Frage 3:

Gemäß Mietvertrag sind Euro 13,80/m² vereinbart.

Zu Frage 4:

Die zeitlichen Verzögerungen ziehen keine Auswirkungen im Hinblick auf den Mietzins nach sich.

Zu Frage 5:

Der Mietpreis wurde unter Berücksichtigung der regionalen Verhältnisse auf Angemessenheit geprüft.

Zu Frage 6:

Für die Polizeiinspektion beträgt der Mietpreis derzeit Euro 1,90/m² (alter Mietvertrag aus dem Jahre 1960 mit besonderen Mieterverpflichtungen).

Für das Bezirkspolizeikommando beträgt der Mietpreis derzeit Euro 8,96/m².

Zu Frage 7:

Mit Stand 3. April 2018 beträgt der durchschnittliche Mietpreis für Polizeiinspektionen bundesweit Euro 9,97/m².

Bei Neuanmietungen werden die Daten des WKO-Immobilienpreisspiegels für Büroflächen als Richtwert herangezogen.

Zu Frage 8:

Der Mietvertrag wurde unbefristet abgeschlossen. Ein 25-jähriger Kündigungsverzicht wurde vereinbart.

Zu den Fragen 9 und 10:

In der Sicherheitsvereinbarung vom 2. März 2016 wurden ein klares Bekenntnis zu diesem Projekt und ein sehr ambitioniertes internes Ziel formuliert. Auch wenn in baurechtlichen Genehmigungsprozessen viele Einflussfaktoren außerhalb der Ingerenz des Bundesministeriums für Inneres liegen, wird weiterhin die raschst mögliche Umsetzung des Vorhabens betrieben.

Herbert Kickl

